

Juni 1962

Wir mahnen - Nie wieder Dachau!

Unter diesem Leitspruch tagte am 28. April 1962 die Delegiertenkonferenz der Lagergemeinschaft Dachau in München. Über 80 Delegierte aus der Bundesrepublik, sowie Vertreter anderer Lagergemeinschaften und Verbände hatten sich zusammengefunden, um kameradschaftlich und ihrer Verpflichtung bewußt über die Aufgaben der Lagergemeinschaft zu beraten.

Im Vordergrund stand der vom Kameraden Alfred Haag erstattete Rechenschaftsbericht, der davon ausging, daß die Errichtung des provisorischen Museums im ehemaligen Krematorium des Lagers Dachau ein erster Erfolg in den jahrelangen Bemühungen sei, das *gesamte Lager* zu einer würdigen Mahn- und Gedenkstätte auszubauen. Ohne die nachdrückliche Unterstützung durch das Internationale Dachaukomitee in Brüssel wären bei den besonderen Verhältnissen in der Bundesrepublik die Vereinbarungen mit der Bayerischen Staatsregierung über den Ausbau des Lagers nicht zustandegekommen. Viele Widerstände waren zu überwinden, ehe wenigstens ein bescheidener Anfang gemacht werden konnte und viele Hindernisse müssen noch aus dem Wege geräumt werden, ehe der gesamte Plan verwirklicht ist. Erfreulich ist es, daß inzwischen das ehemalige Wirtschaftsgebäude vom bayerischen Staat zurückgekauft wurde und nach dessen Räumung darin das Museum seinen endgültigen Platz finden soll.

Das provisorische Museum übt schon jetzt eine außerordentliche Anziehungskraft aus, wobei bemerkenswert ist, daß sich die ausländischen Besucher weitaus in der Überzahl befinden. Die ausgelegten Gästebücher beweisen den starken Eindruck, den das Gesehene ausübt, sie enthalten aber auch viele kritische Bemerkungen über den schlechten Zustand des Lagers und insbesondere darüber, daß die ehemaligen Häftlingsbaracken immer noch bewohnt sind.

Breiten Raum in dem Bericht nahmen die Mitteilungen darüber ein, daß zahlreiche unserer ehemaligen Peiniger in der Bundesrepublik in maßgebenden Stellungen in Staat und Wirtschaft tätig sind oder erst auf massivste Hinweise aus den Reihen der Verfolgten in Haft genommen und unter Anklage gestellt wurden. Zu der ersten Gruppe zählt z. B. neben vielen anderen Prof. Ruff, der an den Höhen- und Unterkühlungsversuchen im Lager Dachau beteiligt war und jetzt Leiter eines Instituts für Luftfahrtmedizin, sowie Dozent an der Universität Bonn

ist. Zur zweiten Gruppe zählen u. a. SS-Gen. Wolff und Prof. Heyde-Sawade.

Als besonders vordringlich bezeichnete Kam. Haag die Abfassung einer Geschichte des Lagers Dachau. Unsere Reihen lichten sich von Jahr zu Jahr mehr, so daß es immer schwieriger wird, authentische Zeugen zur Mitarbeit heranzuziehen. Wenn wir diese Chronik nicht schreiben, dann wird sie überhaupt nicht geschrieben. Kam. Haag appellierte an alle Kameraden, an dieser Arbeit tätig Anteil zu nehmen.

Die anschließende Diskussion war sehr lebhaft und nahm besonders kritische Stellung dazu, daß in der Bundesrepublik die Widerstandskämpfer nicht die Stellung einnehmen, die ihnen gebührt, daß vielmehr z. B. die VVN auf Antrag der Bundesregierung verboten werden soll, während militaristische und faschistische Vereinigungen ungestört und teilweise mit Unterstützung höchster staatlicher Stellen ihr Unwesen treiben, ferner Gedenkstätten von Widerstandskämpfern und jüdische Friedhöfe geschändet werden. Daran wurde die Schlußfolgerung geknüpft, daß wir um so mehr verpflichtet sind, das Andenken unserer ermordeten Kameraden zu wahren und daß wir durch verstärkte Bemühungen dafür sorgen, daß „unser“ ehemaliges Lager würdig ausgestaltet und zu einer Mahnstätte für die kommenden Generationen wird.

Die Raumknappheit verbietet es leider, auf die einzelnen Ausführungen näher einzugehen. Nach der Annahme einiger Entschließungen, die auszugsweise an anderer Stelle wiedergegeben sind, wurde das Präsidium auf Grund der von den einzelnen Gruppen gemachten Vorschläge einstimmig gewählt. Ihm gehören an:

Aumüller, Jos., München	Maislinger, Adi, München
Dr. Braun, Erich, München	Müller, Oskar, Frankfurt
Cails, Hans, Nürnberg	Pfaffenhauser, Franz, Frankfurt
Deller, Hans, Nürnberg	Pfitzenmaier, Karl, Stuttgart
Eisinger, Rob., München	Popp, Hans, Nürnberg-Winkelhaid
Gattinger, Gust., München	Scheidel, Paul Leo, München
Haag, Alfred, München	v. Schwartzberg, Hub., Frankfurt
Hey, August, Saarbrücken	Wahl, Otto, Stuttgart
Hugl, Hans, Wiesbaden	Waller, Eugen, Stuttgart
Leitner, Walter, Stuttgart	

Fortsetzung Seite 2

Mahn- und Gedenkfeier in Dachau



Am Sonntag, dem 29. 4. 1962, am Tage nach der Bundeskonferenz der Lagergemeinschaft Dachau, versammelten sich Hunderte von ehemaligen Dachauer Kameraden, Frauen, Männer und Jugendliche vor dem Krematorium zu einer eindrucksvollen Mahn- und Gedenkfeier, zu der die Lagergemeinschaft Dachau aufgerufen hatte. Nach der Kranzniederlegung vor dem Mahnmal hielt Oberregierungsrat a. D. Willi Gronauer, München, die Gedenkrede (siehe Bild).

Er brachte zum Ausdruck, daß sich die Hoffnung der ehemaligen Häftlinge auf Verständigung und Frieden bis

zum heutigen Tage nicht erfüllt habe. Er kritisierte scharf das Wiederaufleben der Kriegshetze, des Antisemitismus und des Antikommunismus. In seiner gut aufgenommenen Rede sagte er u. a.: „Wir haben damals gewarnt und warnen heute wieder und werden nicht mit geduldigem Untertanengeist alles hinnehmen.“ Er beendete seine Ansprache mit einem Hoch auf den Geist der menschlichen Solidarität, die sich besonders auf internationaler Ebene im ehemaligen Konzentrationslager Dachau zeigte und bewährte.

Entschließung der Delegierten-Konferenz am 28. Mai 1962

Am 28./29. 4. 1945 öffneten sich die Tore des Konzentrationslagers Dachau. Die Häftlinge dieses Lagers aus ganz Europa waren damals von dem tiefen Glauben erfüllt, daß der Niederlage des Nationalsozialismus die endgültige Ausmerzung des Militarismus auf deutschem Boden folgen und dem Ungeist des Nazismus und der Revanche jede Grundlage entzogen würde.

Jeder Überlebende, der in seine Heimat zurückkehren konnte, war von dem Wunsche beseelt, die im Lager gewachsene Solidarität als eine in die Zukunft weisende Kraft hochzuhalten und die Lehren daraus zu ziehen:

(Fortsetzung von Seite 1)

Bei der konstituierenden Sitzung am 29. 4. 1962 in Dachau wurde als Vorsitzender Kamerad Robert Eisinger, München, und als Stellvertreter Kam. Scheidel, als Geschäftsführer Kam. Haag gewählt. Das geschäftsführende Sekretariat bilden die Münchner Vertreter im gewählten Präsidium.

Als Vertreter der Lagergemeinschaft im Internationalen Dachaukomitee wurde Kam. Eisinger bestimmt.

Die lebhafteste Anteilnahme an der Delegierten-Konferenz, sowie die Zusammensetzung des Präsidiums lassen erwarten, daß die Tätigkeit der Lagergemeinschaft intensiviert und positive Resultate zeitigen wird.

Gemeinsam sich dafür einzusetzen, daß sich Faschismus und Krieg nicht wiederhole und daß der Weg des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit am großen Werk des Aufbaus einer neuen, freien und für alle Menschen gerechten Welt beschritten wird.

17 Jahre sind inzwischen vergangen und wir müssen feststellen, daß die unselige Nazivergangenheit noch nicht bewältigt ist. Der Antisemitismus und Antikommunismus, mit denen die Nazis die Menschen verhetzten und die Welt ins Unheil stürzten, sind noch nicht überwunden.

Typische Beispiele dafür waren der politische Rufmord und die Verleumdungskampagne gegen das geplante Internationale Jugendtreffen in Dachau im Juni 1961.

Die SS-Nachfolgeorganisationen sind als gemeinnützig anerkannt.

Immer wieder werden neue Fälle von Verbrechen führender Nazis gegen Antifaschisten bekannt.

Das alles charakterisiert, wie weit man in der Bundesrepublik von der Bewältigung der Vergangenheit entfernt ist.

Bei Berücksichtigung dieser Verhältnisse ist es nicht allzu verwunderlich, daß von Seiten der Bundesregierung das Verbot der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes beantragt ist. Ein Prozeß gegen die VVN kann

aber dem Ansehen der Bundesrepublik nur schädlich sein. Deshalb fordern wir uneingeschränkte Freiheit für die VVN.

Als ehemalige Häftlinge des KZ Dachau müssen wir fordern:

daß alle, die in den ersten Konzentrationslagern Verbrechen begangen haben, vor Gericht gestellt und bestraft werden. Dazu gehören u. a. der Prof. Ruff, Herr Heyde-Sawade und SS-General Wolff.

Von den dafür zuständigen Stellen, daß neonazistische Organisationen, Veranstaltungen und Umtriebe verboten und nicht verniedlicht oder gar gefördert werden.

Wir stellen mit Genugtuung fest, daß — wenn auch spät — mit Unterstützung der Bayerischen Staatsregie-

rung nach der Einrichtung des provisorischen Museums, berechtigte Hoffnung auf weiteren Ausbau des Lagers als würdige Mahn- und Gedenkstätte besteht. Wir hoffen, daß die entsprechenden Maßnahmen beschleunigt verwirklicht werden.

Wir ehemaligen Häftlinge von Dachau begrüßen jegliche Bemühungen von Regierungen und demokratischen Kräften, den Haß abzubauen und vertrauensvoll für die Erhaltung des Friedens zu verhandeln.

Indem wir uns an die Tage der Befreiung erinnern, wollen wir uns verpflichten, mit aller Kraft und über alles Trennende hinweg dafür einzutreten, daß die Demokratie erhalten und gefestigt und ein neuer, noch grausamerer Krieg verhindert wird.

Noch einmal Pater Roth

Von verschiedenen Kameraden aus der Bundesrepublik, aber auch aus dem Ausland, wurde bei uns angefragt, wie es um den Fall 'Pater Roth' stünde. Diese Anfragen wurden ausgelöst durch eine Reihe von Beiträgen in verschiedenen Publikationsorganen.

Auf unserer Konferenz wurde deshalb in dieser Sache eine Erklärung der Lagergemeinschaft Dachau abgegeben. In dieser Erklärung heißt es u. a.: Der tragische Tod von Pater Roth im Sommer 1960 hat unter den Dachauer Kameraden im In- und Ausland schmerzliche Trauer ausgelöst. Eine Delegation der Lagergemeinschaft legte bei der Beisetzung im Namen der Lagergemeinschaft und des CID einen Kranz nieder und sprach Worte des Dankes und der Anerkennung.

In der Erklärung heißt es dann weiter, daß es die Lagergemeinschaft ablehnt, sich an einer unliebsamen Diskussion um einen Kameraden zu beteiligen, der von vielen verehrt wird

und sich größter Wertschätzung erfreut. Gestapobeschuldigungen können niemals als Unterlagen für irgendwelche Behauptungen herangezogen werden. Ein ehemaliger Häftling kann nur so beurteilt werden, wie er sich im Lager bewährt und unter all den damaligen Umständen und Verhältnissen seinen Mann gestanden hat. Und das kann und muß man von Pater Roth bezeugen. Die Farbe des Winkels, die ein Häftling trug, war nicht immer das Entscheidende. Was aber die Wertschätzung von Pater Roth vervollständigt, ist seine Haltung nach dem Kriege, sowohl in seiner seelsorgerischen Tätigkeit als auch in seiner Anklage gegen den Nazismus. Vor allem aber sein Verdienst in der Forderung, daß Dachau zu einer würdigen Mahn- und Gedenkstätte gestaltet werden müsse.

Zum Abschluß heißt es in der Erklärung: Deshalb war er unser Kamerad und wir werden ihm die Treue halten und es für wert erachten, der Jugend über dieses Kämpferleben zu berichten.

Erklärung der Lagergemeinschaft Dachau zu den Fällen SS-General Wolff und Klagges

Nach der Verhaftung des ehemaligen SS-General Wolff hat die Lagergemeinschaft eine Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt: ... Wolff wurde 1946 von einem Spruchgericht der britischen Zone wegen seiner Beteiligung an den Unterkühlungs- und Höherversuchen im KL Dachau zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er eine ganze Woche absitzen mußte. Wolff wird jetzt vorgeworfen, mitschuldig zu sein an Judenverfolgungen. Die Lagergemeinschaft ist aber der Ansicht, daß Wolff nicht nur wegen der Mitwirkung an den Judenverfolgungen, sondern auch wegen der Menschenversuche in Dachau unter Anklage gestellt werden muß. Diesen verbrecherischen Versuchen sind wenigstens 70 unserer Kameraden zum Opfer gefallen. Ein Telegramm des ehemaligen Generalfeldmarschall Milch beweist, daß Wolff nicht nur von diesen Versuchen gewußt, sondern sie auch aktiv gefördert hat. Dabei hat er sich zumindest der Beihilfe zum Mord schuldig gemacht.

Zum Fall Klagges wurde u. a. erklärt: Klagges wurde wegen seiner Verbrechen nach 1933 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Davon hat er angeblich 12 Jahre verbüßt, der Rest wurde ihm wegen guter Führung erlassen. In dieser Maßnahme von seiten der zuständigen Behörden erblicken wir ein schreiendes Unrecht.

Unter Klagges' Braunschweiger Herrschaft wurden tausende mutiger Antifaschisten nach Dachau gebracht und dort trotz „guter Führung“ gequält und zu Tode geschunden. Daß gerade einem solchen Mann wie Klagges Straferlaß erteilt wird, empfinden die ehemaligen Häftlinge als Hohn und protestieren aufs schärfste dagegen.

Wir werden die Öffentlichkeit des In- und Auslands von solchen Fällen unterrichten.

Lebenslänglich für den ehemaligen Rapportführer Hofmann

Der weit über das ehemalige Konzentrationslager Dachau hinaus vielen ehemaligen Häftlingen sattem bekannte Schläger, Sadist und Mörder Hofmann wurde vom Schwurgericht des Landgerichts München II wegen je eines Verbrechens des Mordes und Totschlages zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt. Wie nicht anders zu erwarten, hat er sich, wie alle seine Komplizen, trotz einwandfrei erwiesener Schuld als Unschuldslämmchen hingestellt. Das Gericht, vor dem schon viele ähnliche Fälle verhandelt wurden, kam zu der Feststellung, daß ihm derartiges, wie es Hofmann versucht hätte, noch nie aufgetischt worden sei. Hofmann behauptete u. a., daß er den Häftling Fuld aus Angst und aus Versehen erschossen hätte.

Hofmann wird sich außer den Verbrechen, die er im Konzentrationslager Dachau begangen hat, noch in drei weiteren Strafverfahren zu verantworten haben. Unter anderem in der Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main im Rahmen des bevorstehenden großen Auschwitzprozesses.

Unsere Aufgabe ist es, gemeinschaftlich mit den Lagergemeinschaften der anderen Konzentrationslager, in der Öffentlichkeit dem deutschen Volk und besonders seiner Jugend an Hand von Dokumenten und Unterlagen zu zeigen, was die Konzentrationslager waren, damit Nazismus oder etwas Ähnliches nie mehr wiederkehren kann.

Weitere Schritte zur Verwirklichung der Mahn- und Gedenkstätte Dachau

Am Dienstag, dem 3. April 1962 besichtigte der Haushaltsausschuß des bayrischen Landtags das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau. Diese Besichtigung sei für viele Abgeordneten die erste gewesen, berichtete die Südd. Zeitung vom 5. 4. 1962. Der Ausschußvorsitzende Hugo Fink (CDU) habe den Besuch angeregt. Nachdem in ausländischen Zeitungen immer wieder zu lesen sei, Bund und Land kümmerten sich nicht genügend um das Problem Dachau. Zehntausende Besucher aus aller Welt, die Monat für Monat die Dachauer Anlagen besuchen, geben ihrer Empörung Ausdruck, daß an der ehemaligen Stätte des Grauens noch heute Menschen wohnen müssen.

Ministerialdirektor Otto Barbarino vom Finanzministerium gab bekannt, was das Ergebnis einer Besprechung Anfang März 1962 war, an der auch einige Kameraden vom internationalen Dachaukomitee teilnahmen. Mit den zuständigen amerikanischen Dienststellen müßte wegen der Freigabe des Jurahauses, das als Eingang zur Gedenkstätte gedacht ist, weiter verhandelt werden. Dabei soll auch von den zuständigen amerikanischen Dienststellen erreicht werden, daß der ehemalige Bunker freigegeben wird.

Der Appellplatz soll, nachdem das Wirtschaftsgebäude wieder zum Gelände gehört, in seiner ursprünglichen Form erhalten bleiben. Die auf dem Appellplatz stehenden Kirchen sollen abgetragen werden. Das Denkmal des internationalen Dachaukomitees soll, um den Appellplatz freizuhalten, mehr nach Süden gegen das Wirtschaftsgebäude verlegt werden.

Im Wirtschaftsgebäude soll das Museum untergebracht werden.

Der Nordteil der Gedenkstätte soll zu einem Platz der Meditation gestaltet werden. Zu dem bereits vorhandenen Sühnmal

der katholischen Kirche sollen an geeigneter Stelle von der evangelischen Kirche und der israelitischen Kultusgemeinde Denkmale errichtet werden.

Die Baracken sollen abgebrochen werden, ihr Grundriß soll durch eine 40 cm hohe Betonwand gekennzeichnet werden.

Die Wege zwischen den Baracken sollen erhalten bleiben, der früher zwischen den Baracken vorhandene Grünstreifen von 1 m Breite wieder angelegt werden. Auch die früheren Grünstreifen an den Stirnseiten der Baracken sollen wieder entstehen. Durch Anpflanzung einiger Bäume soll das Gesamtbild aufgelockert werden. Ob die an den Appellplatz angrenzenden beiden Baracken erhalten bleiben sollen, wird später entschieden.

Die Gaststätte im Nordteil des Lagers soll verschwinden. Außerdem soll der Erlass einer Baubeschränkung oder eines Bauverbots im unmittelbaren Bereich von Gedenkstätten erwirkt werden.

Am 9. September d. J. soll endlich auch die schon vor einigen Jahren begonnene Gedächtniskapelle, die auf dem Dachauer Leitenberg zu Ehren italienischer KZ-Opfer errichtet worden ist, eingeweiht werden.

Die Lagergemeinschaft Dachau hat auf ihrer Konferenz zu dieser ganzen Angelegenheit Stellung genommen und zum Ausdruck gebracht, daß sie mit Genugtuung feststellt, daß — wenn auch sehr spät — mit Unterstützung der bayrischen Staatsregierung, nach der Errichtung des provisorischen Museums berechtigte Hoffnung auf den weiteren Ausbau des Lagers als würdige Mahn- und Gedenkstätte besteht. Wir hoffen, daß die entsprechenden Maßnahmen beschleunigt verwirklicht werden.

Spendenscheck

zur Errichtung einer Gedenktafel auf dem ehemaligen SS-Schießplatz in Dachau



Das nebenstehende Bild zeigt den Erschießungsbunker auf dem ehemaligen SS-Schießplatz in Dachau. Hier wurden tausende von Gefangenen, besonders russische Kriegsgefangene mit Maschinengewehren zusammen geschossen. Kein Hinweis erinnert an diese grausamen Massenmorde.

Die Lagergemeinschaft Dachau hat sich zum Ziele gesetzt im Jahre 1963 an dieser Stätte eine Gedenktafel zu errichten. Sie betrachtet dies als eine Ehrenpflicht und will daher die erforderlichen Mittel aus eigener Kraft aufbringen.

Diesen Spendenscheck gibt es zu DM 1.— und DM 2.—. Sie sind in Blöcken zu jeweils 50 Stück zusammengefaßt und zu bestellen in München bei Alfred Haag, München 55, Specklinplatz 28, in Stuttgart bei Walter Leitner, Stuttgart-Degerloch, Trümmlestr. 24, in Nürnberg bei Johann Deller, Nürnberg, 13b, Velburgerstraße 24 und im Saargebiet, bei August Hey, Duttweiler/Saar, Hofweg Neubau 180.

Die Lagergemeinschaft dankt für Ihren Beitrag herzlich.

Antrag an das CID

Die Lagergemeinschaft Dachau hat in der letzten Sitzung des Präsidiums beschlossen, folgenden Antrag an das CID zu stellen:

In der Sitzung des Sekretariats des CID vom 17./18.2.1962 in Paris wurde zu Beginn festgestellt, daß auf Wunsch besonders der französischen Kameraden die Aktivität des CID wieder auf die Festlegung im Statut vom 20.12.1958 zurückgeführt werden soll. Die für die Generalversammlung des CID in Luxemburg aufgestellte Tagesordnung, sowie das Protokoll der Sekretariatssitzung vom 17./18.2.1962 könnten die Vermutung aufkommen lassen, daß das CID sich nur noch auf folgende Punkte beschränken wolle:

Erhaltung des Lagers — Museum — Mahn- und Gedenkstätte. Die Lagergemeinschaft Dachau der Bundesrepublik Deutschland ist der Meinung, daß eine solche Beschränkung nicht am Platze ist.

Sie ist vielmehr der Auffassung, daß neben den im Statut genannten Aufgaben die Aufspürung derjenigen, die sich maßgeblich an den Grausamkeiten im Lager, an den Menschenversuchen und anderen Untaten beteiligt haben, nach wie vor mit Nachdruck fortgesetzt werden muß. Des weiteren sollten nach unserer Meinung beschleunigt Überlegungen angestellt werden, wie eine Chronik der Geschehnisse des ersten Konzentrationslagers der Nazis verfaßt werden könnte. Die Zahl derjenigen, die als Sammler entsprechender Tatsachen und als Zeugen dienen können, verringert sich von Jahr zu Jahr, so daß es immer schwieriger wird, durch Vergleiche eine wahrheitsgetreue und möglichst vollständige Geschichte des Lagers zu schreiben. Ein einzelner Verband wird nur schwer in der Lage sein, sich dieser Aufgabe allein zu unterziehen, weshalb die Mitarbeit von allen nationalen Verbänden sichergestellt werden müßte. Auch die Frage der Finanzierung sollte gleichzeitig geklärt werden.

KZ-Museum Dachau

Dachau — dieser Name wurde zu einem Symbol für den verbrecherischen Nationalsozialismus. Hier wurde im März 1933 das erste Konzentrationslager „eröffnet“. Dachau ist auch das einzige ehemalige KZ, das in der Bundesrepublik zu einer Mahn- und Gedenkstätte werden soll. Bis jetzt existieren lediglich auf dem Gelände des Krematoriums und auf dem Leitenberg kleinere Gedenkstätten, in den unzulänglichen Räumen des Krematoriums ein provisorisches Museum und im ehemaligen Lager selbst eine katholische Sühnekapelle, die anlässlich des Eucharistischen Kongresses im Jahre 1960 eingeweiht wurde.

Daß es überhaupt zu einem Abkommen mit dem Bayerischen Finanzministerium über die Errichtung einer Gedenkstätte kam, ist ausschließlich den jahrelangen Bemühungen des Internationalen Dachau-Komitees in Brüssel und der von ihm beauftragten Lagergemeinschaft Dachau zu verdanken. Beschämend ist es für die Bundesrepublik, daß es nicht deutsche Regierungsinstanzen waren, welche die Initiative ergriffen haben, denn zweifellos wäre das in den vielzitierten Bemühungen um „die Bewältigung der Vergangenheit“ ein Akt gewesen, der im Ausland und insbesondere bei den Völkern, die durch Deutsche unendlich viel zu erleiden hatten, Anerkennung gefunden hätte.

Trotzdem das Museum in seinem jetzigen Zustand uns ehemalige Lagerinsassen in keiner Weise befriedigt, ist es doch schon zu einer regelrechten Wallfahrtsstätte von Besuchern aus der ganzen Welt geworden. Eine Durchsicht der ausgelegten Gästebücher beweist das außerordentliche Interesse für die Zeugnisse des grausigen Geschehens in diesem Lager. Es ist überdies sehr lehrreich, die verschiedenartigsten Eintragungen zu studieren und daraus Schlüsse auf die Einstellung der Besucher zu ziehen.

Wiederum ist es beschämend, festzustellen, daß die Eintragungen von Ausländern bei weitem diejenigen von Deutschen überwiegen. Man kann wohl annehmen, daß sich hier das schlechte Gewissen vieler Deutschen widerspiegelt.

Nachstehend einige Eintragungen von Deutschen, welche die differenzierte Einstellung zu den Geschehnissen des 3. Reiches zeigen:

Die Verbrechen der Nazis, denen sich die Älteren nicht widersetzen, können wir nicht ungeschehen machen, aber wir können, wir müssen mithelfen, sie zu sühnen.

Es wird höchste Zeit, daß alle Schuljugend zweimal im Jahr mit zuverlässigen Lehrkräften hierhergeführt wird und ent-

sprechend aufgeklärt wird. Wo bleibt eigentlich die ernsthafte Tat?

Warum schweigt mein Vater zu jener Zeit? Warum sagt er nicht einfach: Ja, auch ich war daran schuld!

Was machen die anderen Völker noch heute, ist das kein Mord?

Ein anderer schrieb darunter:

Die Schuld der anderen ist keine Entschuldigung für eigenes Vergehen.

Häufig findet man die Feststellung:

Die Mörder sind noch unter uns.

Ich bin dafür, daß diese Anlagen weggeräumt werden.

Wir wußten nichts von diesen schrecklichen Geschehnissen, gebe Gott, es möge nie wieder passieren.

Darunter schrieb ein anderer:

Das kann man jetzt sagen.

Es sei nicht verschwiegen, daß sich verschiedentlich auch Eintragungen von unverbesserlichen Nazis, zum Teil mit Hakenkreuzen, finden, in denen die Geschehnisse nachträglich noch gerechtfertigt werden.

Schon diese kleine Auswahl läßt erkennen, daß die Eintragungen eine echte Auseinandersetzung zwischen den verschiedensten Auffassungen widerspiegeln. Überwiegend kommt der Abscheu und die Verurteilung der unmenschlichen Nazi-Verbrechen zum Ausdruck, aber auch die Kritik daran, daß die zuständigen deutschen Regierungsstellen noch so wenig für die Räumung des noch von Flüchtlingen und Aussiedlern bewohnten Lagers und die Errichtung der Gedenkstätte getan haben.

Darüber, daß wiederholt schon Provokationen von ehemaligen Nazis und verhetzten Jugendlichen und Hakenkreuzschmiere-reien im Museum vorkamen, hat zum Teil die Presse auch des Auslands berichtet.

Diese Schändungen der uns teuren Stätte, deren Pflege uns ein verpflichtendes Vermächtnis ist, beweisen aber auch, daß der Ungeist des 3. Reiches immer noch umgeht.

Daraus müssen die Widerstandskämpfer aller Völker die Schlußfolgerung ziehen, wachsam zu sein und den Kampf für die Verständigung und eine friedliches Nebeneinanderleben fortzusetzen, bis eine Welt des Friedens gesichert ist.

Lagergemeinschaft Dachau gegen Profanierung der Gedenkstätte des ehemaligen Lagers

Nachdem durch die Presse bekannt geworden war, daß anläßlich des „europäischen Frontkämpfertreffens“ das ehemalige Gelände des Konzentrationslagers Dachau vorgesehen sei und der Staatssekretär a. D. Weißhäupl (SPD) auf einer Pressekonferenz laut Südd. Zeitung erklärte, daß es sich bei diesem Treffen um eine Demonstration gegen den Kommunismus handle, richtete das geschäftsführende Präsidium der Lagergemeinschaft Dachau an Herrn Weißhäupl folgendes Schreiben:

„Die Lagergemeinschaft Dachau begrüßt es grundsätzlich, wenn sich ehemalige Kriegsteilnehmer aus Ländern, die sich im Kampfe gegenüberstanden, versammeln, um ‚die Versöhnung der Völker zu fördern‘.

(Zitat aus der SZ vom 22. 2. 1962)

Dem Geiste eines solchen Bemühens widerspricht es jedoch nach unserer Auffassung eklatant, wenn Sie, Herr Abgeordneter, wie dies in der zitierten Ausgabe der Süddeutschen Zeitung berichtet wird, erklären, daß es sich bei der bevorstehenden Begegnung auch um eine Demonstration gegen den Kommunismus handle. Das bedeutet, daß Sie damit dem ‚Kalten Krieg‘ dienen. Auch die Tatsache, daß Sie die Internationalität so auffassen, daß diese an den Grenzen der östlichen Länder endet und Sie diese nicht zu dem Treffen eingeladen haben, obwohl sie die größten Blutopfer sowohl auf den Schlachtfeldern als auch in den Konzentrationslagern gebracht haben, erscheint uns, milde ausgedrückt, als inkonsequent.

Wenn die Lagergemeinschaft Dachau sich überhaupt zu dieser Veranstaltung und Ihren Ausführungen auf der Pressekonferenz äußert, so deshalb, weil zu dem angekündigten Programm für dieses Treffen auch eine Gedenkfeier im ehemaligen Konzentrationslager Dachau zählt.

In diesem Lager des Grauens haben Angehörige aus fast allen Ländern Europas unter den unmenschlichsten Martern den Tod erlitten, weil sie sich aktiv gegen die Barbarei des Faschismus zur Wehr gesetzt hatten. Sie gehörten **allen** Weltanschauungen und Konfessionen an.

Daß ein besonders großer Teil dieser Widerstandskämpfer Kommunisten waren, wird von niemand bestritten und ist auch se. Exzellenz Herrn Weihbischof Dr. Johannes Neuhäusler bekannt. Wir bezweifeln, daß sich der Herr Weihbischof bei seiner religiösen Feier den oben angeführten Teil Ihrer programmatischen Erklärung zu eigen macht.

Zum Andenken der Toten von Dachau und auch der Überlebenden und Hinterbliebenen sind wir es schuldig, gegen die Profanierung der Gedenkstätte unter diesem Motto ganz entschieden zu protestieren. Wir sind uns dessen sicher, daß wir damit auch den Empfindungen unserer ausländischen Kameraden Ausdruck verleihen.

Der von Ihnen beschworene Geist ‚Der Versöhnung der Völker‘ erfordert im Zeitalter der Atombombe gebieterisch, daß in diese Bemühungen ausnahmslos alle Völker einbezogen werden im Sinne eines friedlichen Neben- und Miteinanderlebens.

Vielleicht trägt unser Schreiben dazu bei, daß Sie bei dem Treffen unseren Ausführungen Ihre Aufmerksamkeit schenken.

Hochachtungsvoll

Mit Schreiben ähnlichen Inhalts, unabhängig voneinander, wandten sich auch der Bund der Opfer des Faschis-

mus e. V. und die Liga für Menschenrechte in München, sowie das Präsidium der VVN gegen den Mißbrauch der Gedenkstätte Dachau.

Die Lagergemeinschaft Dachau wendet sich gegen das Verbot der VVN

26. 3. 1962

An das
Bundesinnenministerium
Bonn/Rh.

Betr.: Antrag auf Verbot der VVN

Sehr geehrte Herren!

Die Lagergemeinschaft Dachau hat mit Besorgnis davon Kenntnis genommen, daß auf Ihren Antrag hin das Bundesverwaltungsgericht die VVN verbieten soll. Es ist uns bekannt, daß die Mitglieder der VVN, wie wir ehemaligen Dachauer, Opfer des barbarischen NS-Regimes sind. Daher sind wir auch zutiefst davon betroffen, daß eine solche Vereinigung verboten werden soll.

Wir ehemaligen Dachauer Häftlinge können keinen Zweifel daran lassen, daß wir uns mit all jenen aufs engste verbunden fühlen, die ebenso wie wir gegen Nazismus und Rassenwahn gekämpft und dafür gelitten haben. Wir sind auch der Meinung, daß die Freiheit einer jeden Vereinigung der politisch, rassisch oder religiös Verfolgten gewahrt werden muß, da sie alle auf Grund der gemachten bitteren Erfahrungen sich gegen neu aufkommende nazistische Bestrebungen zur Wehr setzen. Den Widerstand gegen das 3. Reich hat der Gesetzgeber im Grundgesetz ausdrücklich als Verdienst um das Deutsche Volk gewertet.

Wir sind auch der Auffassung, daß dieser Prozeß dem Ansehen des deutschen Volkes, insbesondere auch im Ausland, abträglich ist und geben daher unserem Protest gegen diese Absicht Ausdruck.

Hochachtungsvoll

26. 3. 1962

An das
Bundesverwaltungsgericht
Karlsruhe

Betr.: Verfahren gegen die VVN

Hohes Gericht!

Anbei erlauben wir uns, Ihnen den Abdruck eines Schreibens an das Bundesinnenministerium zur Kenntnisnahme zu übermitteln.

Wir benutzen die Gelegenheit unserer Erwartung Ausdruck zu verleihen, daß dem Antrag des BIM nicht entsprochen wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Generalversammlung des Committee International de Dachau am 12./13. 5. 1962 in Luxemburg. Stärkung des CID

Unter Beteiligung zahlreicher Delegierter von Verbänden aus Ost und West fand am 12./13. 5. 1962 in Luxemburg die Generalversammlung der CID statt.

Auf der Tagesordnung stand u. a.:

Das Arbeitsprogramm des CID

Beratung über den Stand des Ausbaus des Lagers Dachau als Mahn- und Gedenkstätte

Verbreiterung und Neuwahl des Präsidiums des CID

Die Beratungen standen unter dem Zeichen ernsthafter Bemühungen um die Beseitigung von Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit einzelnen angeschlossenen Verbänden, die im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Jugendtreffen im Juni 1961 in Dachau entstanden waren. Die im Lager gewachsene Solidarität zwischen Kameraden der verschiedensten weltanschaulichen und religiösen Bekenntnisse hat sich nach eingehenden Diskussionen bewährt und zu einer erfreulichen Verfestigung der Basis und auch des Präsidiums geführt, die für die Zukunft einen wirksamere Tätigkeit des Comitees erhoffen läßt.

Die Annahme eines Antrages der Lagergemeinschaft Dachau, daß neben den Fragen der Ausgestaltung des ehemaligen Lagers Dachau auch die Verfolgung von Verbrechen, die an den Unmenschlichkeiten im Lager beteiligt waren und die Erstellung einer Chronik des Lagers betrieben werden sollen, scheint uns ein sehr wichtiges Ergebnis der Konferenz zu sein.

Das neugewählte Präsidium besteht aus je einem Vertreter Frankreichs, Luxemburgs, Jugoslawiens, Hollands, Polens, der Sowjetunion, der Bundesrepublik und 2 Mitgliedern aus Belgien. Diese wiederum wählten aus ihrer Mitte als Exekutivpräsidenten den belgischen Kameraden Dr. Albert Guérise.

Sehr bedauerlich war, daß infolge Zeitdrucks eine eingehende Erörterung der Probleme des Museums und der Gedenkstätte ausfiel. Unser Kam. Haag, der sich um das Museum außerordentlich verdient gemacht hat, hätte zu diesem Thema manches zu sagen gehabt.

Zum Schluß der Tagung wurde eine kurze Entschließung angenommen, die wir anschließend veröffentlichen.

Alles in allem betrachtet läßt der Verlauf der Generalversammlung den Schluß zu, daß das CID nach Verbreiterung seiner Basis in der Erfüllung seiner Aufgaben bald einen großen Schritt weiterkommen wird.

Erklärung des CID

vom 12./13. Mai 1962

Die Delegierten haben erneut einmütig ihren Willen bekundet, mit Entschlossenheit und Tatkraft die Freundschaft und Solidarität der Ehemaligen von Dachau jeder Anschauung und aller Länder zu bewahren. Sie beschließen, nicht zu versäumen, bei der Jugend die Erinnerung wachzuhalten an den Mut der Humanität, den sie im Ringen um die Freiheit, um die Würde des Menschen und um die Unabhängigkeit ihres Vaterlands gegen Hitler-

tum, gegen Faschismus und gegen andere Regierungen diktatorischen Charakters unter Beweis gestellt haben.

Auf Grund dieser Prinzipien bekunden sie ihren festen Willen, folgende Pläne zu verwirklichen:

1. Die Aufrechterhaltung des Lagers Dachau als Gedächtnisstätte
2. Die Errichtung eines Denkmals
3. Die Errichtung eines Museums

Beunruhigt durch die hinterlistige Rückkehr widerwärtiger Kriegsverbrecher auf führende Posten in verschiedenen Ländern und namentlich in Deutschland, gewährt das Internationale Komitee den Nationalen Organisationen in den betreffenden Ländern ohne Vorbehalt seine moralische und materielle Unterstützung, um diesem Zustand ein Ende zu bereiten.

Das Internationale Komitee von Dachau beglückwünscht sich zu der herzlichen Atmosphäre der Freundschaft und des Verständnisses, in der die Besprechungen verliefen, und forderte seine Organisation auf, ihre ganze Kraft für die Verwirklichung seiner Pläne einzusetzen.

Der Film „Das Urteil von Nürnberg“ wurde zum Ankläger

Dieser Film, in dem auch das Konzentrationslager Dachau erwähnt wird und der den Fall des jüdischen Kaufmanns Leo Katzenberger aufgriff, der 1942 wegen angeblicher Rassenschande zum Tode verurteilt wurde, ist zum Ankläger geworden. Der Staatsanwalt H. Markl, der damals in diesem Prozeß das Todesurteil beantragte und bis heute trotzdem noch im Dienst war, wurde, da dieser Fall in der Öffentlichkeit zu starken Protesten führte, in Pension geschickt.

Mit folgendem Schreiben hat sich die Lagergemeinschaft Dachau an die United Artists gewandt:

„Sehr geehrte Herren!

In München hatten wir Gelegenheit, den von Ihrer Gesellschaft hergestellten Film „Das Urteil von Nürnberg“ zu sehen.

Wir sind von diesem Streifen außerordentlich beeindruckt und betrachten es als eine mutige und sehr nützliche Tat, einen solchen Film zu drehen. Daher fühlen wir uns auch verpflichtet, überall, wo wir die Möglichkeit dazu haben, dafür Propaganda zu machen. Wir sind der Auffassung, daß dieser Film sehr wohl dazu beitragen könnte, ein Stück deutscher Vergangenheit zu „bewältigen“. Gleichzeitig bedauern wir auch, daß es in der Bundesrepublik offenbar nicht möglich ist, ein auch nur annähernd gutes Filmwerk dieser Gattung zu schaffen.

Als die Vereinigung ehemaliger Dachauer Häftlinge möchten wir Ihnen bei dieser Gelegenheit unseren aufrichtigen Dank aussprechen und bitten Sie auch, allen beteiligten Mitarbeitern unsere besondere Anerkennung für die vorbildliche Gestaltung des Film zu übermitteln.

Mit vorzüglicher Hochachtung
(gez.) Unterschrift“

Wir wenden uns an den Gesetzgeber

Es ist zwar nicht Aufgabe der Lagergemeinschaft, sich mit Wiedergutmachungsangelegenheiten zu befassen. Wir sind es aber unseren zum Teil todkranken Kameraden schuldig, daß wir uns in einer dringenden Angelegenheit um sie kümmern. Diese Forderung wurde auf der Delegierten-Konferenz der Lagergemeinschaft u. a. mit Nachdruck erhoben. Ein besonderes Problem, so wurde zum Ausdruck gebracht, seien für die ehemaligen Häftlinge aus den Konzentrationslagern, die Spätfolgen ihrer Haft. In einer medizinisch-wissenschaftlichen Arbeit wurde von norwegischen Ärzten festgestellt, daß 80—90 % aller ehemaliger KZ-Häftlinge an diesen Spätfolgen leiden.

Inzwischen haben sich einige Kameraden in dieser Sache an den Bundestagsabgeordneten Haage in München gewandt und ihm u. a. geschrieben: „Im Kreise der politisch, rassistisch und religiös Verfolgten, soweit diese noch in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis tätig oder Bezieher einer Berufsunfähigkeits- bzw. Erwerbsunfähigkeitsrente sind und die Voraussetzungen

für den Rentenbezug infolge Erreichung der Altersgrenze noch nicht erfüllen, besteht das dringende Verlangen auf Herabsetzung der Altersgrenze entsprechend der Zahl der anerkannten Haftjahre oder Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre der Männer und 55 Jahre bei Frauen. Die fehlenden Versicherungsjahre, die sich hierbei aus der vorgerückten Altersgrenze für Verfolgte gegenüber der allgemeinen Altersgrenze ergeben würden, sollten dem Berechtigten bei der Rentenberechnung als Beitragszeit zugerechnet werden.

Wir begründen dieses Anliegen mit dem durch die Hafteneinwirkung geschwächten Gesundheitszustand, dem vorzeitigen Verbrauch der Arbeitskraft, der frühzeitigen Alterung unserer Kameraden und mit den vielfach verschärften Anforderungen des Erwerbslebens. Wir möchten Sie als ehemaligen Dachauer bitten, darauf hinzuwirken, daß unser Anliegen im Schlußgesetz des BEG gesetzlich festgelegt wird.“

Für uns bemerkenswert

Neuer Film über Auschwitz

In Polen wird ein neuer Film über Auschwitz nach dem Roman des Generalsekretärs des internationalen Auschwitzkomitees, Tadeusz Holuj, gedreht.

Auschwitzmuseum

Im März und April dieses Jahres wurde das Auschwitzmuseum von 20 593 Personen aus Polen und 3377 Personen aus dem Ausland besucht.

Eichmanns Helfershelfer

Der Direktor des Instituts der Sammlungen von Dokumenten der Naziverbrechen, Friedmann, in Tel Aviv forderte anläßlich der Ausstellung der Dokumente die Bestrafung aller in der Bundesrepublik lebenden Komplizen Eichmanns. Das Institut besitzt eine Liste von tausend Namen der im Eichmann-Prozeß erwähnten Kriegsverbrecher.

Abendzeitung München vom 18. 5. 1962

Weil er den ehemaligen Gauleiter Karl Wahl aus Augsburg auf offener Straße verprügelte, wurde ein ehemaliger KZ-Insasse (57 Jahre alt) vom Augsburger Schöffengericht zu 6 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt.

Zeugenaussage

Im Berliner Einsatzgruppenprozeß gab es durch den mitangeklagten Greifenberger folgende grauenhafte Aussage: „Ich erinnere mich genau, daß während der zwei bis drei Wochen unserer Anwesenheit in Wilna ungefähr 5000 Juden erschossen wurden.“ Er berichtete ferner, daß

auch Kinder erschossen wurden. Zwei junge SS-Führer hätten sich die Kinder über den Arm gelegt und sie durch Genickschuß getötet.

Und solche vertierten Mörder leben, z. T. noch unbestraft, mitten unter uns. (Südd. Zeitung v. 18. 5. 1962).

Der Verkehrsfachmann Prof. Leibbrand, der wegen einer Massenexekution in Haft war und ein Verfahren zu erwarten hat, wurde nach Stellung einer Kaution von 250 000 DM freigelassen.

Eine besondere Bitte

Bei fast allen Zusammenkünften und bei den Beratungen über unsere Aufgaben steht immer als erstes die Frage, können wir es finanziell schaffen?

Da unsere Tätigkeit, auch die Herausgabe unseres Mitteilungsblattes, nicht aus den Mitteln eines „Reptilienfonds“ oder aus sonstigen Geldern bestritten werden kann, sind wir einzig und allein auf die Spenden unserer Kameraden angewiesen.

Diese Bitte geht aber nicht in erster Linie an die Kameraden, die regelmäßig einen Beitrag abführen.

Diesen Kameraden sei an dieser Stelle für ihre Spendenfreudigkeit besonders gedankt.

Wir hoffen und wünschen, daß unsere diesmalige Bitte auch bei den übrigen Kameraden nicht überhört wird.

Die Spenden sind wie üblich einzuzahlen an:

A. Gattinger, München, Postscheckamt München, Konto-Nr. 405 43

W. Leitner, Stuttgart, Postscheckamt Stuttgart, Konto-Nr. 931 75